# Leipziger Handelszeitung.

## Der neue Kalisyndikatsvertrag.

Der „Berl. Börs.-C." veröffentlicht die Hauptpunkte des Syndikats-Vertragsentwurfs, wie er der jüngsten Eisenacher Konferenz vorgelegen hat. Danach sieht der Vertragsentwurf die Fortdauer der bisherigen Gesellschaftsform, „Kali-Syndikat G. m. b. H.", vor. Die Vertragsdauer ist ab 1. Juni 1909 bis 31. Dezember 1919 gedacht. Bereits der grundlegende Paragraph des Vertragsentwurfes enthält eine wesentliche Abänderung des Gesellschaftszweckes, insofern, als er nicht nur den „An- und Verkauf von Erzeugnissen der Kali-Industrie" berücksichtigt, sondern auch den Erwerb von „Eigentum und anderen Rechten". Eine Erinnerung an den Kampf Aschersleben-Sollstedt bringt die neue Bestimmung, daß die Gesellschafter „alles zu unterlassen haben, was den Gesellschaftszwecken zuwiderläuft". In bezug auf die Verwaltungsform des neuen Kalisyndikats läßt der Entwurf offen, entweder einen verstärkten Aufsichtsrat oder einen kleineren Aufsichtsrat und außerdem einen „Beirat" zu wählen. Der Beirat soll den Aufsichtsrat bei den Vorlagen für die Gesellschafter-Versammlung unterstützen. Bei der Wahl soll, wie bisher, auch das „Gruppen-System" mit einigen Modifikationen zur Anwendung gebracht werden.

In dem bekannten Geschäftsführungskonflikt entscheidet der neue Entwurf insofern gegen die Auffassung des bisherigen Generaldirektors, als er stärker als der bisherige Vertrag betont, daß die „Geschäftsführer ihr Amt nach den Anweisungen des Aufsichtsrates zu führen haben". Bei Abgrenzung der Befugnisse der Gesellschafter-Versammlung wird besonders zum Ausdruck gebracht, daß die Gesellschafter-Versammlung die oberste Instanz in allen Gesellschaftsangelegenheiten bildet. In der Felder-Frage tritt der neue Vertragsentwurf für eine sehr enge Bindung der Vertrags-Schließenden ein, indem er vorschreibt: „Von den Bestimmungen des Vertrages werden alle Erzeugnisse umfaßt, die aus den Feldern der Gesellschafter oder durch eine ihrer Schachtanlagen gefördert werden, gleichviel, ob sich die Felder und Schachtanlagen im Eigentum eines Gesellschafters befinden oder ob ihm daran Nießbrauch oder ein ähnliches Recht zusteht. Die Gesellschafter dürfen aus Feldern, welche einem Nichtgesellschafter gehören, durch ihre Schachtanlagen weder fördern noch fördern lassen. Die Gesellschafter dürfen ihre Werke oder zugehörigen Fabriken oder Bergwerksgerechtsame oder Felder oder Schachtanlagen, an denen ihnen Eigentum, Nießbrauch, Pacht oder ein ähnliches Recht zusteht, ohne Genehmigung der Gesellschaft weder ganz noch teilweise an Dritte veräußern oder Dritten daran Nießbrauch, Pacht oder ein ähnliches Recht bestellen, gleichviel, ob es sich dabei um gegenwärtigen Besitz oder künftigen Erwerb handelt."

Für die Gestaltung des Kali-Geschäfts ist die wichtigste Neubestimmung des Entwurfs, daß künftig bei Chlorkalium und schwefelsaurem Kali der Verkauf auf Grund des Analysen-Gehalts zu erfolgen hat. Der Aufsichtsrat kann dies auch für die übrigen Düngesalze beschließen. Für die zukünftigen Gruppen ist wesentlich, daß als Kali-Mindestgehalt bei den „Carnallit-Salzen" 9 Proz., bei den Nicht-Carnallit-Salzen 12,4 Proz. zu Grunde gelegt wird. Die zukünftigen Gruppen werden umfassen:

I. Ch. Erzeugnisse mit mehr als 42 Proz. $K_2O$.
II. S. Erzeugnisse mit mehr als 21,5 $K_2O$.
III. Erzeugnisse mit 12,4—42 Proz. $K_2O$.
IV. Carnallit-Salze.

Für die Preise der Salzmarken sind bestimmte Relationen festgesetzt. Dem Aufsichtsrat steht das Recht zu, die Preis-Relationen bis zu einem bestimmten Prozentsatz, bei dem die Gesellschafter-Versammlung zu hören ist, zu ändern.

Zur Frage der Quoten-Verschiebung sieht der Entwurf weiteste Freiheit, sowohl im „Austausch" der Lieferungsbeteiligung in einzelnen Gruppen, wie in Bezug auf Kauf oder Verkauf, Teilung oder Zusammenlegung von Quoten vor. Zwar sind mit dieser Aenderung die Gesellschafter im Prinzip einverstanden, doch gehen die Ansichten in bezug auf die Voraussetzungen zur Quoten-Uebertragung und in bezug auf die Dauer einer solchen Maßnahme noch auseinander. Das bekannte bisherige Vorrecht der Carnallit-Gruppe (Werke Ludwig II. bis Johannshall, § 21 des alten Syndikatsvertrages) wird dahin reduziert, daß den Werken das Recht zusteht, ihre Beteiligung in Gruppe III (anstatt früher ganz) „bis zur Hälfte" durch Austausch mit Salzen der Gruppe I und II zu liefern. Die besonderen Vorrechte des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe sind in den neuen Entwurf unverändert übernommen. Hierzu tritt, daß dem preußischen Bergfiskus freisteht, das Recht der Kaligewinnung gemäß Berggesetznovelle von 1907 an andere zu übertragen. Syndikatspolitisch ist bemerkenswert, daß für die Syndikatsinteressen die Bildung eines Rücklagefonds im neuen Syndikatsvertrage vorgesehen wird.

Der neue Vertragsentwurf, der am 1. Juni 1909 in Kraft treten soll, erlischt wieder, falls nicht bis zum 1. April 1909 eine Einigung über die Quotenfrage geschaffen ist.

## Börsen- und Handelswesen.

✉ **Leipziger Börse vom 4. Juli.** Im Gegensatz zu der sonst am Wochenschluß bei uns üblichen Lebhaftigkeit verharrte die heutige Börse in der Geschäftsstille, die dem Verkehr in der letzten Zeit schon ihre Signatur gegeben hatte. Auf heimische Anleihen wirkte der gute Erfolg der Subskription auf die 4proz. preuß. Schatzanweisungen günstig ein. 3- und 3½proz. Reichsanleihe und 3½proz. Konsols wurden zu höheren Kursen gehandelt, 4proz. Reichsanleihen und 4proz. Schatzanweisungen lagen behauptet; nur Sachsenrente sowie 3½proz. Sachsen schwächten sich etwas ab bei größeren Umsätzen. 3½- und 4proz. Leipziger Stadtanleihe wurden zu den letzten Kursen gehandelt. Lebhaftes Geschäft war wieder in den Pfandbriefen der Leipziger Hypothekenbank zu verzeichnen. Am Bahnenmarkt konnten Aussig-Teplitzer Aktien etwas anziehen, während Aussiger Prioritäten und 4proz. Bujchkronen zum alten Kurs in größeren Beträgen umgingen. Auf den übrigen Marktgebieten schrumpfte das Geschäft fast völlig ein; doch war die Grundtendenz eher behauptet. Kohlen-, Maschinen-, Brauerei-, Textil- und Zuckeraktien waren so gut wie umsatzlos. Von Bankaktien wurden Leipziger Credit zum alten Kurs gehandelt, Sachsenbank ¼ Proz. höher gesucht. Mansfelder Kuxe waren 4 ℳ billiger angeboten; kleine Abschnitte fehlten. Große Leipziger Straßenbahn waren zum alten Kurs, Elektrische Straßenbahn ¼ Proz. billiger erhältlich. Höher waren Krietsch Stämme (+ ¼) und Schneider (+ ½). Nörting wurden wieder notiert; der Kurs stellte sich auf 102½.

§ **Leipziger Hypotheken- und Grundstücksmarkt im Monat Juni 1908.** (Bericht von Vieweger & Co. in Leipzig.) Auch während des Monats Juni hat sich die Lage des Hypothekenmarktes nicht gebessert. Wenn auch die neuerliche Diskontherabsetzung auf 4 Proz. von einer zunehmenden Geldflüssigkeit zeugte, so war von dieser auf dem Hypothekenmarkte doch noch wenig zu bemerken; sie bewirkte allerdings einen etwas besseren Absatz der Hypothekenbank-Pfandbriefe. Da die Sparkassen fortgesetzt mehr Spargelder zurückzuzahlen haben, als bei ihnen eingelegt werden, kamen diese als Geldgeber fast gar nicht in Betracht und auch Privatgelder waren nur mäßig angeboten. So waren die Darlehnsucher in der Hauptsache auf die Hypothekenbanken angewiesen, die aber auch den Bedarf nicht zu decken vermochten. Bei dieser Sachlage konnte von einer Veränderung des Zinsfußes für Hypotheken-Darlehne nicht wohl die Rede sein. Es wurden gezahlt für mündelsichere Hypotheken im großen und ganzen 4¼—4¾ Proz., sonst für gute erste Stellen in der Altstadt Leipzig und in den Vororten 4½—4½ Proz. Für zweite Hypotheken betrug der Zinsfuß 5 Proz., in einzelnen Fällen 5½ Proz. Der Grundstücksmarkt zeigte gegen den Vormonat einige Erholung. Dies gilt wenigstens von bebauten Grundstücken, bei denen gegenüber dem Mai eine Zunahme von über 2 Millionen Mark und gegen den gleichen Zeitraum 1907 eine Zunahme von 1½ Millionen Mark zu konstatieren ist. Gute Geschäftsgrundstücke in der Altstadt und Zinshäuser in günstigen Lagen waren wiederum am begehrtesten. Dagegen waren Areale weiter erheblich vernachlässigt. Nach Auskunft des Rates der Stadt Leipzig wechselten im Berichtsmonat insgesamt 97 Grundstücke zum angegebenen Verkaufspreise von 7 767 619 ℳ den Besitzer. Hiervon waren bebaut 81 Grundstücke im Werte von 7 344 428 ℳ und unbebaut 16 Objekte im Werte von 423 191 ℳ. Die Ziffer der Zwangsversteigerungen im Juni ist die höchste seit Anfang des Jahres. Versteigert wurden zusammen 33 Grundstücke im geschätzten Werte von 1 961 590 ℳ. Im Stadtbezirk lagen davon 21 Grundstücke im angesetzten Werte von 1 422 480 ℳ (worunter 3 Bauplätze mit 41 480 ℳ eingeschätzt) und außerhalb des Stadtgebietes zusammen 12 Grundstücke zum Schätzungswerte von 539 110 ℳ (wobei 2 unvollendete im Werte von 83 080 ℳ und 1 Bauplatz im Werte von 22 100 ℳ).

## Bank- und Geldwesen.

*— **A. Schaaffhausenscher Bankverein, Internationale Bohrgesellschaft und Anton Raky.** Die „Frkf. Ztg." veröffentlicht einen längeren Artikel, dem wir nachstehende Angaben entnehmen:

Der A. Schaaffhausensche Bankverein betrachtet die Deckung, die er für seine gesamte Forderung an Raky besitzt, als völlig ausreichend. Das Schuldverhältnis Rakys soll auf dem Wege der Liquidierung der Unterlagen vermindert werden. Trotzdem wird Raky auch weiterhin eine relativ nicht unbeträchtliche Summe dem Bankverein schulden, weshalb das gesamte Engagement Raky beim Bankverein wohl erst mit der Realisierung der übernommenen Werte als erledigt zu betrachten ist. Kompliziert und bedeutungsvoller schon wegen der Höhe der in Betracht kommenden Summen sind die Beziehungen zwischen dem A. Schaaffhausenschen Bankverein und der Internationalen Bohrgesellschaft selbst. Nach der letzten Bilanz vom 31. März 1907 bestanden bei der Internationalen Bohrgesellschaft schwebende, als „Kreditoren" bezeichnete Verbindlichkeiten in Höhe von 21½ Millionen Mark bei 1 Million Mark Aktienkapital. Es dürfte ohne weiteres angenommen werden, daß diese Summe zum überwiegenden Teil eine Schuld an den A. Schaaffhausenschen Bankverein darstellte. Die finanzielle Inanspruchnahme des A. Schaaffhausenschen Bankvereins im Jahre 1906/07 durch die Internationale Bohrgesellschaft erscheint deswegen besonders gewichtig, weil sie am 31. März 1906 nur eine Höhe von 4,51 Millionen Mark hatte. Entstanden ist das Kreditverhältnis zwischen dem Bankverein und der Bohrgesellschaft einmal aus den mannigfachen neuen industriellen Engagements der Bohrgesellschaft, in der Hauptsache wohl aber durch die Beträge, die der Bankverein zu der infolge der Lex Heinze überhastet notwendig gewordenen Durchführung einer sehr umfangreichen Zahl von Bohrungen vorstreckte. Man kann sich ein Bild von den in Betracht kommenden Summen machen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich um über 500 Bohrungen handelt, deren jede etwa 80 000 ℳ erforderte. Die Entwicklung der weitreichenden Engagements der Internationalen Bohrgesellschaft ist nun keineswegs gleichmäßig erfreulich. Insbesondere scheinen die Petroleumengagements (u. a. Regatul Roman) langsamer auf eine befriedigende Rentabilität zu kommen, als dies ursprünglich erwartet worden war. Bekanntlich ist die regatul-Roman-Gesellschaft durch eine Erweiterung der ursprünglich mit 5 Millionen ausgestatteten Campina Moreni entstanden, ohne daß die mit hohen Kosten dazu erworbenen Felder bis heute nennenswert zu Gewinnen beitrügen. Die Ueberzeugung, daß eine Modifizierung des der Bohrgesellschaft gewährten Kredits [illegible] nötigen ist, herrscht beim A. Schaaffhausenschen Bankverein vor, und es besteht die Hoffnung, daß dies in nicht zu ferner Zeit in nennenswertem Umfange gelingen wird. Gegen die frühere noch unter der Leitung des Generaldirektors Raky stehende Zeit ist nämlich eine Aenderung der Geschäftspolitik der Bohrgesellschaft auch insoweit zu verzeichnen, als neue Geschäfte mit den einlaufenden Summen nicht mehr gemacht werden, wenigstens nicht, solange nicht die Schulden abgedeckt sind. Es gehen bei der Bohrgesellschaft immer noch Reste aus früher getätigten Verkäufen ein, so stehen beispielsweise aus dem vor einiger Zeit gemeldeten Verkaufe von Kohlenfeldern an die Firma de Wendel (wobei es sich um ein Gesamtpaket von 2 Millionen Mark handelt) noch 1 Million Mark aus. Ferner kommt für eine weitere Erleichterung des Status der Bohrgesellschaft die Tätigung neuer Verkäufe von Kohlenfeldern in Betracht, über die bereits seit längerer Zeit verhandelt wird. Sie sind noch nicht zum Abschluß gelangt, anscheinend, weil über die Höhe des Kaufpreises bisher noch keine volle Uebereinstimmung erzielt wurde. Würde es gelingen, diesen Verkauf herbeizuführen, so würde das schon allein eine sehr wesentliche Verminderung der Bankschulden ermöglichen. Dazu kommt noch, daß auch bezüglich anderer Objekte der Internationalen Bohrgesellschaft Verkaufsabsichten gehegt werden. Es ist somit anzunehmen, daß, einen günstigen Verlauf der Verhandlungen vorausgesetzt, die finanziellen Beziehungen zwischen dem Bankverein und der Bohrgesellschaft eine befriedigendere Gestalt in nicht zu ferner Zeit gewinnen werden. Die Internationale Bohrgesellschaft hat am 31. März d. J. ein weiteres Geschäftsjahr abgeschlossen, indessen liegt eine Bilanz über das Jahr noch nicht vor, schon deswegen nicht, weil die Beschaffung aller erforderlichen Nachweise bei der weiten Verzweigung der Geschäfte des Unternehmens recht lange Zeit beansprucht. Es dürfte neben dem aus dem Vorjahr übernommenen Vortrag von 3¼ Millionen Mark ein recht erheblicher verfügbarer Gewinn ausgewiesen werden, der freilich die vorjährige Höhe nicht erreichen wird. Es ist infolgedessen damit zu rechnen, daß die Dividende nicht die Höhe der beiden Vorjahre (je 500 Proz.) aufweisen wird, obwohl unter Herausziehung eines Teils des Vortrags eine Ausschüttung in dieser Höhe auch diesmal wieder sehr wohl möglich wäre. Im übrigen hängt die genaue Feststellung von den noch ausstehenden Beschlüssen des Aufsichtsrates bezüglich der Konzierung der Abschreibungen ab, da der Bankverein nach wie vor den größten Wert darauf legt, die Buchwerte niedrig zu halten.

△ **Englische Banken.** Folgende Halbjahrsdividenden werden erklärt: London and Westminster Bank 6½ Proz. (wie i. V.), National Discount Co. 10 Proz. p. r. (wie i. V.).

## Berg- und Hüttenwesen.

sr. **Döring & Lehrmann, Akt.-Ges. für Bergwerks-, Erd- und Bauarbeiten zu Helmstedt.** Wie wir erfahren, wird die Gesellschaft in nächster Zeit den Aktionären einen Vorschlag wegen Kapitalserhöhung unterbreiten. In den Kreisen des Aufsichtsrates haben bereits Besprechungen deswegen stattgefunden, die aber zu einem definitiven Resultat noch nicht gelangt sind. Die Ursache für den eingetretenen Kapitalbedarf ist darin zu suchen, daß die Gesellschaft sich außerordentlich ausgedehnt hat, und daß bei der Eigenart ihres Geschäftes stets sehr bedeutende Mittel im Betriebe erforderlich sind. Im Laufe der letzten Jahre ist der Umsatz der Gesellschaft ständig in erheblicher Weise gestiegen, und erst im Jahre 1906 machte sich eine Kapitalerhöhung um 1 000 000 ℳ erforderlich. Ungeachtet dessen reichten die dem Unternehmen durch diese Transaktion zugeflossenen Mittel für die ständige weitere Ausdehnung der Geschäfte nicht aus, und im Laufe des Jahres 1907 war die Gesellschaft daher genötigt, einen größeren, langfristigen Bankkredit in Anspruch zu nehmen, da zum Bau von 7 Fabriken, die sie damals im Auftrag erhalten hatte, sehr bedeutende Kapitalien erforderlich waren. Die Höhe dieses Kredits war nicht bekannt, und auch aus der Bilanz von Ende 1907 war sie nicht ersichtlich, da dieselbe nur die Gesamtsumme der Kreditoren einschließlich Anzahlungen auf erteilte Aufträge mit 1 926 358 ℳ angab. Es dürfte sich bei der bevorstehenden Kapitalerhöhung um einen Betrag von wiederum 1 000 000 ℳ handeln. Die Aktien der Döring & Lehrmann-Akt.-Ges. sind erst im Jahre 1905 zur Berliner Börse zugelassen worden; der erste Kurs stellte sich damals auf 170 Proz. Die neuen Aktien, deren Ausgabe die Generalversammlung vom 5. Juli 1906 beschlossen hatte, wurden den alten Aktionären zu 135 Proz. angeboten. Gegenwärtig bewegt sich der Börsenkurs der Aktien zwischen 137½ und 139 Proz.; der Rückgang in den letzten Tagen dürfte bereits mit der bevorstehenden Kapitalerhöhung zusammenhängen. Seit ihrer Gründung im Jahre 1904 verteilte die Gesellschaft bisher regelmäßig 9 Proz. Dividende.

‖ **Gewerkschaft Christine zu Oberspreckhövel.** Zur Ausbeutung der umfangreichen Sandsteinbrüche, die durch die in Angriff genommene Kleinbahn Bessel-Blankenstein erschlossen werden, hat sich eine Gewerkschaft unter dieser Firma gebildet, die zunächst mit einem Kapital von 120 000 ℳ ins Leben tritt. Zum Vorsitzenden des Grubenvorstandes wurde Rechtsanwalt Dr. Cremer-Hagen gewählt, dem in erster Linie die Inangriffnahme des Kleinbahnplanes zu danken ist. Da noch weitere Unternehmungen in dem Gebiet der künftigen Bahn in Angriff genommen sind, ist zu erwarten, daß der durch die Zechenstillegungen schwer betroffene Bezirk Sprockhövel dank dem Bahnbau einem neuen wirtschaftlichen Aufschwung entgegengeht.

## Verschiedene Gesellschaften.

✉ **Baden-Gesellschaft Heidenau, Akt.-Ges. in Liqu., Heidenau.** Nach Zuweisung von 2778 ℳ zur Grundstücksreserve und 6803 ℳ zum Delkrederekonto schließt das Jahr 1907 mit einem neuen Verlust von 56 381 ℳ ab, wodurch sich der aus den Vorjahren vorgetragene Verlust auf 1 911 293 ℳ erhöht bei 3 Mill. Mark Aktienkapital, 810 500 ℳ Hypothekenschulden und 569 998 ℳ Kontokorrentschulden. An Aktiven werden u. a. ausgewiesen: 1,55 Millionen Mark Grundstücke, 997 210 ℳ Areal, 170 200 Mark Beteiligungen und 214 560 ℳ Debitoren.

△ **Sielaff, Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft, in Berlin.** In dem am 31. Dezember 1907 abgelaufenen ersten Geschäftsjahre erzielte die Gesellschaft einen Bruttogewinn von 300 992 ℳ, wovon die Unkosten mit 149 662 ℳ und die Abschreibungen mit 38 064 ℳ zu kürzen sind. Aus dem verbleibenden Reingewinn von 113 269 ℳ, wozu noch 4609 ℳ Vortrag kommen, werden 10 Proz. Dividende auf das 1,05 Millionen Mark betragende Aktienkapital verteilt und 5989 ℳ vorgetragen. Die Bilanz verzeichnet u. a.: Kassenbestand, Wechsel und Wertpapiere mit 221 544 ℳ, Debitoren mit 531 777 ℳ, Beteiligungen mit 300 051 ℳ und Materialvorräte mit 310 513 ℳ, Kreditoren 316 517 ℳ.

sr. **Rütgerswerke-Akt.-Ges.—Akt.-Ges. für Theer- und Erdöl-Industrie in Charlottenburg.** Beide Gesellschaften berufen außerordentliche Versammlungen ein, in denen über die Verschmelzung der Gesellschaften unter Ausschluß der Liquidation Beschluß gefaßt werden soll. Die Rütgerswerke werden ihr Kapital um 5½ Millionen auf 17½ Millionen Mark erhöhen durch Ausgabe von 5500 Stück neuer Aktien, die ab 1. Januar 1909 dividendenberechtigt sind. Von diesen neuen Aktien werden 5320 zum Umtausch gegen 7 600 000 ℳ der Akt.-Ges. für Theer- und Erdöl-Industrie derart verwendet, daß auf 10 Aktien der letztgenannten Gesellschaft 7 Aktien der Rütgerswerke entfallen. Die restlichen 180 000 ℳ werden zur Verstärkung der Betriebsmittel gegen bare Einzahlung begeben.

‖ **Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft (vorm. Beck & Henkel) in Kassel** erzielte im Geschäftsjahre 1907/08 einen Umsatz in der Maschinenfabrik in Kassel von 2 115 204 (1 698 846) ℳ und in der Gießerei Theodorshütte-Bredelar von 362 321 (361 109) ℳ. Nach 134 942 (60 898) Mark Abschreibungen verbleiben 236 636 (157 287) ℳ Reingewinn zu folgender Verwendung: Sicherheitsbestand 45 000 (15 000) ℳ, 10 (8) Proz. Dividende gleich 120 000 (96 000) ℳ, 30 000 (25 531) ℳ Gewinnanteile, 15 365 ℳ Belohnungen und Unterstützungen an Angestellte und 25 567 (20 755) ℳ Vortrag. Die Gesellschaft ist im neuen Geschäftsjahr mit lohnenden Aufträgen zufriedenstellend beschäftigt.

§ **Die Deutsche Thermophor-Aktiengesellschaft in Andernach** schließt das Jahr 1907 mit einem weiteren Verlust von 96 776 ℳ ab. Der Verlust der Jahre 1901 bis 1906 betrug 553 822 ℳ, der Gesamtverlust hat sich demnach auf 650 598 ℳ erhöht. Das Aktienkapital der Gesellschaft besteht aus 333 000 ℳ Stammaktien und 400 000 ℳ Vorzugsaktien.

sr. **Aktien-Zuckerfabrik Neuwerk bei Hannover.** Der Aufsichtsrat beschloß, für das am 31. Mai beendete Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 9 (6) Proz. vorzuschlagen. Die Abschreibungen und Reserven wurden wesentlich höher bemessen als im Vorjahr.

*— **Neue Aktiengesellschaft.** Aus München wird der „Frkf. Ztg." geschrieben: „Unter Mitwirkung der Bayrischen Revisions- und Vermögensverwaltungs-Aktiengesellschaft in München, der Bayrischen Disconto- und Wechselbank in Nürnberg und der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Berlin wurden am 2. Juni die Amperwerke-Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft gegründet mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark, wovon 1 Million Mark voll und 1 Million Mark mit 25 Proz. einbezahlt wurde. Die Gesellschaft bezweckt die Ausbeutung der Amperkräfte bei Unterbruck und die Verwertung der dabei zu gewinnenden elektrischen Energie. Der Aufsichtsrat besteht aus Kommerzienrat Carl Faber, München, als Vorsitzendem, Direktor Menckhoff, Reg.-Baumeister a. D., Berlin, stellv. Vorsitzenden, Direktor Oliven, Berlin, Bankdirektor Ziegler, Nürnberg, Direktor Koppstätter, München, Rechtsanwalt Leiprecht, München. Den Vorstand bilden Ingenieur Carl Anderl, München, und Ingenieur Josef Bergmeister, Pfaffenhofen.

x. **Dividendenerklärungen.** An Interims-Dividenden erklärten der Banco de Chile 9 Proz., die Fraser and Chalmers & Co. 4 Proz.

△ **Die Gründung einer chilenischen Salpeter-Verkaufsgesellschaft** mit einem Kapital von 3 Millionen Pfund, die den Verkauf regeln soll, wie das Convenio die Produktion kontingentiert, wird von den englischen Salpeterimporteuren begünstigt.

## Innen- und Außenhandel.

** **Die Steigerung des Hamburger Exports nach Amerika** im 2. Quartal von 4 979 940 Doll. auf 6 724 128 Doll. ist fast ausschließlich auf den Zuckerexport zurückzuführen. Dieser betrug 3 181 757 (10 325) Dollars. Der Export von Rohgummi nahm von 963 902 auf 592 866 Doll. ab, Zement von 245 748 auf 113 485 Doll., der von Häuten stieg von 495 489 auf 577 638 Doll.

## Transportwesen.

x. **Bergedorf-Geesthacht Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft.** Der Hamburger Senat hat dieser Gesellschaft die Erlaubnis erteilt, 500 000 ℳ 5proz. ab 1916 tilgbare Obligationen auszugeben.

‖ **Die Renchtaleisenbahngesellschaft in Oberkirch** beruft ihre Generalversammlung auf den 10. August ein, in der u. a. auch der Vertrag über den Verkauf der Renchtalbahn an den badischen Staat genehmigt werden soll.

⊙ **Oesterreichische Südbahn.** Der Verwaltungsrat hat beschlossen, bei Gericht um Einberufung einer Versammlung der Prioritätenbesitzer nachzusuchen, die voraussichtlich im November stattfinden wird. In der Versammlung wird der Antrag gestellt werden, die Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe in bisher noch nicht feststehender Höhe und eventuell zur Aufhebung der nächsten Ziehung, in der 6000 Prioritäten zur Verlosung gelangen, nachzusuchen.

Als vor fünf Jahren das bekannte Arrangement mit den Prioritätenbesitzern geschlossen wurde, schien es wirklich, als wenn für die Südbahn eine günstigere Zeit angebrochen sei. Die Prioritäre hatten ihre Zustimmung zur Hinausschiebung der Verlosungen gegeben. Die Südbahn bekam die nötigen Gelder für die Investitionen und den Kaufschilling zu dem sehr billigen Zinsfuß von 2,6 Proz., der sich aus der Hinausschiebung der Amortisationen ergab. In dieser Periode hat die Südbahn zum ersten Male wieder Ueberschüsse erzielt, ihre Bilanz neu und ansehnlich ausgestattet und ihre große Schuld an den Staat zur Refundierung der alten Kaufschillingszahlung abgetragen. Da wendete sich mit einem Male wieder das Blatt. Die Südbahneinnahmen sind zwar noch immer günstig, zeigen aber doch bereits eine gewisse Abschwächung. Die Ausgaben schwellen aber lawinenhaft an und zehren die Ueberschüsse auf. Die Südbahn ist einfach nicht in der Lage, den Kaufschilling weiter zu bezahlen und bleibt die Raten schuldig, wofür sie drückende 6prozentige Zinsen zahlen muß. Aber damit ist noch nicht das Auslangen gefunden. Die Investitionen erfordern größere Summen, als im Prioritätenarrangement für diese Aufwendungen und den Kaufschilling zusammengenommen vorgesehen war. Die Südbahn kommt mit den Erleichterungen, welche ihr das Arrangement gewährt hatte, nicht aus, sie muß frische Gelder aufbringen, da sie ihre Mittel schon sehr stark erschöpft hat, und wendet sich in ihrer Verlegenheit abermals an ihre Prioritäre. Die Prioritätenbesitzer sollen für die Jahre 1908 und 1909, eventuell auch 1910, so wird der „Voss. Ztg." geschrieben, auf die Verlosungen verzichten. Auf diese Art würden etwa 13 000 bzw. 19 000 Stück Obligationen unverlost bleiben, und diese Verlosungen sollen in den nächsten Jahren nachgetragen werden. Das ist der Plan der Südbahn. Er ist ein Provisorium. Die Südbahn erwartet nämlich, daß sie spätestens am 1. Januar 1910 die Tariferhöhungen werde vornehmen können. Aus diesen Tariferhöhungen werden ihr ganz bedeutende Mittel zufließen, welche sie dann in die Lage versetzen werden, den Dienst ihrer Obligationen voll aufnehmen zu können. Eine wirkliche Hilfe kann der Südbahn nur durch eine Anleihe geboten werden, welche ihr die nötigen Mittel für den Abschluß der Investitionen bietet. Ob aber eine Südbahnanleihe so bald mit Erfolg zu begeben sein wird, bleibt sehr die Frage. Die Südbahn ist schon jetzt sehr stark verschuldet. Ueber zwei Milliarden betragen ihre Prioritäten. Eine neue Prioritätenemission könnte doch nur dann mit Erfolg versucht werden, wenn das Bahnunternehmen große Ueberschüsse aufweisen würde, welche die Verzinsung der auszugebenden Prioritäten in sich bergen. Pessimistische Beurteiler wollen sogar behaupten, daß die Südbahn nicht eher Prioritäten begeben könne, bevor sie für die Aktien eine anständige Dividende zahlt. Das liegt allerdings in weiter, grauer Ferne, und die Südbahnaktionäre haben für längere Zeit nichts zu hoffen. Vorerst sollten die Prioritätenbesitzer theoretisch die Ermächtigung zur Ausgabe von Obligationen erteilen, denn nach dem Arrangement des Jahres 1903 müssen sie, solange die Tilgung der Obligationen nicht voll aufgenommen ist, darum befragt werden. Praktisch hat die Südbahn eine schwebende Schuld aufgenommen, die bis jetzt 6 Millionen Kronen beträgt, und sie wird auf diesem Wege noch weiter fortfahren, aber die fundierte Prioritätenanleihe ist zunächst nur ein frommer Wunsch. Abermals ist der Gedanke des börsenmäßigen Rückkaufes der Prioritäten aufgetaucht. Die Prioritätenbesitzer haben sich gegen dieses Auskunftsmittel stets beharrlich gewehrt, denn in dem Kurse der 2,6proz. Südbahnprioritäten bezahlt man nicht nur den Coupon von 13 Kr., sondern auch die Anwartschaft auf einen großen Kapitalgewinn, der bei dem jetzigen Kurse fast 200 Kr. per Stück beträgt. Warum sollen die Prioritätsbesitzer auf diese Anwartschaft verzichten und was könnte man ihnen als Kompensation bieten? Der börsenmäßige Rückkauf würde natürlich für die Südbahn ungeheure Ersparungen bedeuten, aber solange er nicht unbedingt notwendig ist, sollte man den Gedanken gar nicht aufwerfen; die Stimmung in den Kreisen der Prioritäre ist eine derartige, daß an eine Genehmigung dieses Auskunftsmittels gar nicht zu denken ist. Im Interesse der Südbahn würde eine formelle Erklärung dahingehend liegen, daß man auch in den Kreisen der Südbahnverwaltung an den börsenmäßigen Rückkauf nicht denkt. Damit wäre allen diesen Besorgnissen der Boden entzogen, und die Situation der Prioritätenbesitzer könnte mit einem Schlage eine wesentliche Besserung erfahren.

W-n. **Die Elbschiffahrtsgesellschaften** erhöhten heute infolge des verschlechterten Wasserstandes den Minimalfrachtsatz von Laube nach Hamburg auf 60 Pf. und der Importfrachten um 7 bis 8 Pf. Zwischen Aussig und Prag ist die Schiffahrt eingestellt.

SLUB
Wir führen Wissen.